# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Haldmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 72 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. zusätzl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 21601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4 a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 266 × Donnerstag, 14. November 1935 43. Jahrgang


# Der englische Wahlkampf auf dem Höhepunkt

**Doch wieder litauisches Direktorium in Memel? – Deutsche Ausfuhrverbote – Der italienische Vorstoß auf Dschidschiga**

## Der letzte Appell Baldwins

**England am Vortag der innenpolitischen Entscheidung – Gestörte Wahlversammlungen**

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 13. November

**Der englische Wahlkampf ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Am 14. November fällt die Entscheidung über Englands Politik in den nächsten fünf Jahren. Bereits in den späten Abendstunden dürfte annähernd ein Drittel der Wahlergebnisse bekannt sein. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Wahlvorhersagen in einem überraschenden Grade übereinstimmen. Sowohl die Konservativen wie auch die Schätzungen der oppositionellen Labourpartei sprechen von einer Regierungsmehrheit zwischen 140 und 170 Stimmen.**

**Der Wahlkampf ist gerade in den letzten Tagen immer stärker auf das innenpolitische Gebiet geschoben worden, und gerade Baldwins letzte Wahlrede, die er gestern abend in Newcastle gehalten hat, beschäftigte sich fast ausschließlich mit innenpolitischen Fragen und schloß mit einem dringenden Appell der Nationalregierung, auch jetzt ebenso wie im Jahre 1931 der Regierung freie Hand in den inneren wie auch in den außenpolitischen Fragen zu gewähren.**

**Mehr als frühere Wahlkämpfe ist der gegenwärtige durch Radauszenen und Ruhestörungen gekennzeichnet. Wie an sämtlichen Vortagen ist es auch gestern Macdonald wieder unmöglich gemacht worden, in seinem Wahlkreis zu sprechen. Wenn er zum Mikrophon oder Lautsprecher seine Zuflucht nahm, begann die Versammlung einfach ein Lied zu singen. In Birmingham mußte der ehemalige Außenminister Außen Chamberlain seine Wahlversammlung abbrechen, und ebenso konnte sich der gegenwärtige Minister für Schottland, Collins, nicht gegen die Radaumacher durchsetzen.**

## Apathie der Wählermassen

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L London, 13. November. (Durch United Preß)

Obwohl, was die allgemeine politische Situation betrifft, selten eine englische Regierung unter so günstigen Vorzeichen in eine Wahlkampagne eintrat, sind doch besonders letzthin verschiedene Umstände festzustellen, die der Regierungspartei Anlaß zu einigen Besorgnissen geben, ohne daß natürlich jemand an eine Gefährdung der Regierungsmehrheit denkt. Es handelt sich vielmehr lediglich um den Umfang dieser Mehrheit. Man sah sich im Regierungslager genötigt, das Hauptgewicht der Propaganda nicht mehr auf bestimmte Schlagworte, wie „Frieden" und „Wohlstand" zu legen, sondern einfach das englische Volk aufzufordern, überhaupt seiner Wahlpflicht zu genügen. „Komm und wähle!" ist der Schlachtruf, mit der man hofft, die Wählerschaft aus ihrer Apathie zu reißen. Tatsächlich ist

**die Gleichgültigkeit großer Wählerkreise**

den Konservativen gefährlicher als den Labourleuten, denn die Mehrzahl der Wahldrückeberger rekrutiert sich aus den mittleren und oberen Schichten des Volkes. Diese Kreise sagen sich: Wozu sollen wir uns große Anstrengen, wenn der Sieg der Regierung ohnedies feststeht? Das letztemal — im Jahre 1931 — als die Nationalregierung ans Ruder kam, war es ganz anders. Es ging darum, das Land aus einer ernsten Krise zu reißen, in die es die Regierung der Arbeiterpartei gebracht hatte. Man gab das englische Imperium sozusagen als einen schwerkranken Patienten dem altbewährten konservativen Arzt in die Hand, der ihm die Gesundheit wiedergeben sollte. Heute besteht eine solche Gefahr nach Ansicht der Wähler nicht, daher die Apathie weiter Kreise. So kam es z. B. vor, daß sich

**in der Wahlversammlung des Außenministers nicht mehr als — 26 Zuhörer**

einfanden. Der englische Bürger zieht den Kaminplatz neben dem Radioapparat unbequemen Bänken in kalten und ungemütlichen Wahllokalen vor. In normalen Jahren geben durchschnittlich 70 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Nur im Jahre 1931 stieg die Wählerzahl um zwei Millionen. An diese zwei Millionen wendet sich die Regierung auch jetzt. Aber sie verfügt diesmal über keine auch nur entfernt so zugkräftige Parole wie vor vier Jahren. Diese abseits von aktuellen politischen Fragen liegenden Gründe für eine etwaige Abnahme der Regierungsstimmen macht sich bereits so sehr bemerkbar, daß man im Regierungslager zugibt, daß

**die Gewinne der Opposition recht beträchtlich ausfallen könnten.**

In vielen Wahlkreisen wird die Lage der Regierungskandidaten zudem dadurch erschwert, daß gerade die ausschlaggebenden Stimmen auf den liberalen Kandidaten entfallen können; auch wenn dieser selbst keine Aussichten hat, genügen die auf ihn entfallenden Stimmen unter Umständen, um den Regierungskandidaten unterliegen zu lassen. Lord Stonehaven, der Hauptorganisator der konservativen Wahlpropaganda, richtete einen dringenden Appell an seine Anhänger und forderte freiwillige Helfer auf, sich der Partei zur Verfügung zu stellen. Diese sollen von früh bis spät Plakate durch die Hauptstadt tragen,

**um „London aus seiner Apathie zu erwecken".**

In Birmingham rechnet man, daß die Arbeiterpartei voraussichtlich vier Sitze gewinnen werde, obwohl hier Austin und Neville Chamberlain für die Regierung kandidieren. Das zugkräftigste Argument der Opposition in diesen ebenso wie in andern Industriebezirken ist die Arbeitslosenpolitik der Regierung, insbesondere die äußerst unpopuläre Bedürftigkeitsprüfung vor Gewährung der Unterstützung. Auch in andern Industriegebieten prophezeit man der Regierung erhebliche Verluste, während man in den Hauptlandwirtschaftsgebieten mit einem Sieg der Konservativen rechnet. Eine interessante Quelle für Wahlvoraussagen ist in England

**der Stand der Wetten.**

Die Odds der Regierungsmehrheit sanken in weniger als einer Woche von 200 auf 170 Sitze. An eine Niederlage der Regierung glaubt allerdings niemand. Da die Börse nach den Erfahrungen des alle Prognosen über den Haufen werfenden Wahlausgangs von 1931 „Mehrheitsspekulationen" diesmal verboten hat, werden die Wetten über den Ausgang des politischen Rennens jetzt von dem prominenten Buchmacher Ladbroke gelegt. Das Wetten geht zum Beispiel so vor sich, daß ein Wetter 10 Schilling auf jeden Sitz über die 200-Mehrheit hinaus erhält und umgekehrt für jeden Sitz unter 200 10 Schilling bezahlen muß. Eine interessante Wahlprognose bringt der „Daily Expreß", der von seinen Korrespondenten in 595 Wahlkreisen Umfragen veranstalten ließ. Das Ergebnis war: Konservative 355 Sitze, National-Labour 6, Liberale 29, Unabhängige 2, im ganzen also für die Regierung 392 Sitze. Für die Opposition ergab die Umfrage: Labour 204, Liberale 15, Unabhängige Arbeiterpartei 2, zusammen 221 Sitze. Danach ergebe sich für die Regierung eine Mehrheit von 169 Sitzen. Eine Zahl, die ungefähr mit dem augenblicklichen Stand der Wetten übereinstimmt.

### „Triumph des Willens" in London

× London, 13. November

Der Reichsparteitagfilm „Triumph des Willens" ist am gestrigen Dienstag zum erstenmal vor der deutschen Kolonie in London gezeigt worden. Die Aufführung, die eines der größten Ereignisse für die Auslandsdeutschen in London seit der Gründung des Dritten Reiches darstellte, hatte einen durchschlagenden Erfolg. Ueber 1000 Zuschauer drachen immer wieder in Beifallsstürme beim Erscheinen des Führers bei den gewaltigen Aufmarschblöcken aus. Die Veranstaltung war den Bemühungen der Auslandorganisation und der Großbritannischen Landesgruppe der NSDAP., sowie der Londoner deutschen Botschaft zu verdanken.

## Berufung des ReichskulturSenates

**In der Tagung der Reichskulturkammer – Das Deutsche Opernhaus vor der Eröffnung**

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. November

**Am Freitag und Sonnabend findet eine Anzahl von festlichen Kundgebungen zum Jahrestag der Reichskulturkammer statt, in deren Mittelpunkt die Berufung des Reichskultursenats durch den Präsidenten der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, und die feierliche Eröffnung des völlig neugestalteten Deutschen Opernhauses stehen.**

Den Auftakt der Feiern bildet die Kundgebung in der Berliner Philharmonie Freitag mittag um 12 Uhr. Die gesamte Reichsregierung, das Diplomatische Korps, die maßgebenden Persönlichkeiten der Kammern und Vertreter der Formationen und der Partei werden teilnehmen. Fanfaren werden den Festakt einleiten. Staatsschauspieler Friedrich Kayßler bringt dann einen Vorspruch von Herbert Böhme. Der Präsident der Reichsmusikkammer, Dr. Peter Raabe, dirigiert die Uraufführung eines Werkes des jungen nationalsozialistischen Komponisten Hoyer durch das Philharmonische Orchester. Eine große Rede des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels schließt sich an. Dr. Goebbels wird in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer bei der Gelegenheit den Reichskultursenat berufen. Der Senat faßt die Präsidentenräte der sieben Einzelkammern der Reichskulturkammer mit maßgebenden Persönlichkeiten aus allen Gebieten des deutschen künstlerischen Schaffens zusammen. Der Reichskultursenat wird über hundert Mitglieder umfassen. Sein Präsident ist Reichsminister Dr. Goebbels, Vizepräsident Staatssekretär Dr. Funk; die drei bisherigen Geschäftsführer der Reichskulturkammer werden dem Senat als Reichskulturwalter angehören. Die Gründung des Reichskultursenats bezeichnet eine neue wesentliche Etappe in dem Aufbauwerk des deutschen Kulturlebens in nationalsozialistischem Geist. Zum Abschluß spielt das Philharmonische Orchester Beethovens „Eroica", dirigiert von Eugen Jochum.

Am Nachmittag um 6 Uhr wird das Deutsche Opernhaus mit einer Festvorstellung der „Meistersinger" feierlich eröffnet. Wie schon mitgeteilt, wird Generalmusikdirektor Karl Böhm aus Dresden die Aufführung leiten. Auch an diesem Festakt werden alle Mitglieder der Reichsregierung und das Diplomatische Korps teilnehmen. Namhafte Vertreter der ausländischen Kunstwelt haben ihr Erscheinen zugesagt.

Am Sonnabendvormittag um 11 Uhr beginnt der Reichskultursenat in einer nichtöffentlichen Sitzung seine Arbeit. Reichsminister Dr. Goebbels wird als Präsident die Tagung mit einer ausführlichen Ansprache einleiten. Darauf werden die Präsidenten der sieben Einzelkammern über ihre Arbeitsgebiete sprechen. Die staatsrechtlichen Grundlagen des Reichskultursenats wird Ministerialrat Dr. Schmidt-Leonhard eingehend behandeln. Nach der Sitzung hat Reichsminister Dr. Goebbels die Mitglieder des Senats zu einem Frühstück geladen.

In ähnlich festlichem Rahmen wie die Eröffnungsvorstellung des Deutschen Opernhauses findet am Sonnabendabend die Uraufführung des Schauspiels „Thomas Paine" von Hanns Johst im Staatlichen Schauspielhaus statt. Ein zwangloses kameradschaftliches Beisammensein der Mitglieder des Reichskultursenats und andrer führender Vertreter des künstlerischen Lebens mit Reichsminister Dr. Goebbels wird im Haus der Deutschen Künstler die Veranstaltungen der Jahresfeier abschließen.

## Stürmische Kundgebung in Brüssel

**Gegen die belgische Sanktionspolitik**

× Brüssel, 13. November. (Durch Funkspruch)

Zu stürmischen Kundgebungen gegen die Sanktionspolitik der belgischen Regierung gegenüber Italien kam es in einer von 6000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, in der der schwerkriegsverletzte Führer der italienischen Kriegsbeschädigten, Abgeordneter Carlo Delcroix, über den italienisch-abessinischen Krieg sprach. Staatsminister Carton de Wiart, der Belgien gewöhnlich in Genf vertritt, leitete den Vortrag mit einem Nachruf auf die verstorbene Königin Astrid ein, dem die Versammlung mit ehrfurchtsvollem Schweigen folgte. Als der Minister dann aber zu dem Thema des Abends mit dem Satz überleitete, daß Belgien in Genf keine andre Haltung hätte einnehmen können, erhob sich in der Versammlung großer Lärm, in dem sich

**feindselige Rufe gegen die Regierung von Zeeland mit Sympathiekundgebungen für Italien**

vermischten. Carton de Wiart versuchte vergeblich, sich in dem Lärm Gehör zu verschaffen. Die Versammlung hinderte ihn am Weitersprechen. In verhältnismäßig gemäßigten Ausführungen rechtfertigte dann der italienische Redner die Haltung seines Landes, wobei er namentlich die Politik des Völkerbundes verurteilte. Fast jeder Satz seiner Rede wurde von der Versammlung mit Beifallsstürmen unterbrochen. Immer wieder ertönten von den Galerien, wo Angehörige der belgischen Frontkämpferverbände und sonstiger nationaler Einigungen Platz genommen hatten, die Rufe: „Nieder mit den Sanktionen!" Dazwischen wiederholten die anscheinend sehr zahlreich erschienenen Mitglieder der italienischen Kolonie

**in Sprechchören Hochrufe auf Mussolini.**

Starken Beifall fanden die Anspielungen des Redners auf „ein gewisses Empire", das den Völkerbund benutze je nachdem, wie es seine Belange verlangten. Die Erregung der Versammlung hielt bis zum Schluß an. Draußen war ein großes Aufgebot von berittener Gendarmerie aufmarschiert. Da die Anhänger der Sanktionspolitik, die sich in Belgien hauptsächlich aus Marxisten und linksgerichteten Katholiken zusammensetzen, der Versammlung ferngeblieben waren, hatte die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten. Unter den Zuhörern bemerkte man den italienischen Botschafter, zahlreiche belgische Offiziere und die Führer der verschiedenen Kriegsteilnehmerorganisationen.

## Die italienische Note

Die Protestnote, die Italien an die Sanktionsstaaten gerichtet hat, bringt in der Hauptsache eine Zusammenfassung der italienischen Auffassungen, wie man sie bereits in dem Hin und Her der Genfer Einigungsverhandlungen und der Sanktionsbesprechungen kennengelernt hat. Das politische Ergebnis des Schriftstücks liegt also nicht darin, daß es neue Gesichtspunkte für die Behandlung des abessinischen Streitfalles aufzeigt. Auch an der grundsätzlichen Haltung Roms zum Genfer Bund ändert sich trotz des Satzes, daß Italien sich „bisher" vom Völkerbund nicht habe lösen wollen, nichts. Die Absicht, die die italienische Regierung mit ihrer Note verfolgt, liegt anscheinend in einer andern Richtung: Kurz vor dem entscheidenden Zeitpunkt, an dem die Sanktionen in Kraft treten sollen, wollte Rom noch einmal Einspruch erheben, noch einmal den Sanktionsstaaten ins Gewissen reden und — das ist wohl das Wesentlichste — noch einmal vor der Weltöffentlichkeit das Vorgehen gegen Abessinien nicht so sehr politisch als vielmehr moralisch rechtfertigen.

Italien verteidigt in der Note die kulturelle Mission, die es mit dem Kampf gegen den Negus übernommen haben will. Mit unverkennbarer Betonung wird darüber berichtet, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete mit ihrer zivilen und religiösen Obrigkeit sich „zahlreich" unter italienischen Schutz gestellt habe und daß 16 000 Sklaven befreit worden seien. Mit diesen Feststellungen will Italien seine Haltung rechtfertigen und den Negus anklagen. Mit andern Worten: die Völkerbundsunwürdigkeit Abessiniens soll erneut bewiesen werden.

Stärkste Beachtung verdienen aber auch die Darlegungen über die wirtschaftlichen, politischen und, wie sich die Note ausdrückt, psychologischen Folgen der